



Finma: Marlene Amstad sucht einen Chef
Das sind die Kandidatinnen und Kandidaten für die Nachfolge von Mark Branson.
Seite 4

Selbstständig durchstarten
Mit unseren Tipps sind Sie auch in der Krise erfolgreich.
Seite 21

Handelszeitung

BEILAGE
BOLERO
Das Magazin für
MODE & KULTUR

25. MÄRZ 2021 DIE SCHWEIZER WOCHENZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT SEIT 1861 www.handelszeitung.ch

NR 13
FR. 5.50

IGNAZIO CASSIS

«Kein Drama»

Der Aussenminister über ein mögliches Scheitern des Rahmenabkommens.

SEITE 13



IN DIESER AUSGABE

Ist das Fliegen im Privatjet die neue Business Class?

FOKUS Seite 6



Klimawandel: Die wichtige Rolle der Versicherer.

MEINUNGEN Seite 17

Wie etablierte Männerbünde Firmen behindern.

MANAGEMENT Seite 22

Specials

Wie fit ist die IT in Ihrem Unternehmen wirklich?

IT-SICHERHEIT Seite 30



Eine elektrisierte Industrie: Umbau der Autobranche.

NEW CARS Seite 33

Kalte Logistik für ganz heisse Waren.

SMART LOGISTICS Seite 40

Redaktion Flurstrasse 55, 8021 Zürich,
Telefon 058 269 22 80
Abonnemente Telefon 058 269 25 05
Inserate Telefon 058 909 99 62
AZA 4800 Zofingen, 160. Jahrgang
Post CH AG

9 771422 897004 13

FLUGHAFEN ZÜRICH

Röntgen mit China-Firma

Die Sicherheitstechnologiefirma Nuctech gehört dem chinesischen Staat und wird von den USA als «Militärunternehmen» sanktioniert. Es besteht der Verdacht, dass wie im Falle des Telekomausrüsters Huawei Daten und Informationen von Nuctech-Geräten nach China gelangen könnten. Nun zeigen Recherchen: Die Geräte von Nuctech kommen bei Sicherheitschecks an den Flughäfen Zürich und Genf sowie bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zum Einsatz. «Das Equipment wird bei der Sicherheitskontrolle der Passagiere für das Scannen von Flüssigkeiten und in der Gepäcksortieranlage für das Scannen von aufgegebenen Gepäckstücken verwendet», sagt eine Sprecherin des Flughafens Zürich. Zudem rüstet Nuctech

den grössten Schweizer Airport für einen zweistelligen Millionenbetrag mit neuen Röntgenscannern aus, die ab Herbst 2022 zum Einsatz kommen.

Angesprochen auf Sicherheitsbedenken betont der Flughafen Zürich, die Nuctech-Geräte seien von der Europäischen Zivilluftfahrt-Konferenz zertifiziert worden. «Der Lieferant ist vertraglich verpflichtet, die ICT-Sicherheitsanforderungen der Flughafen Zürich AG einzuhalten.» Alle Zugriffe von externen Mitarbeitenden auf Systeme würden protokolliert und aufgezeichnet. Ähnlich argumentiert der Flughafen Genf, der «einige Nuctech-Geräte» im Einsatz hat: Diese Geräte seien zugelassen und entsprächen den geforderten Normen. (mil) **Seite 3**

COVID-19-NOTFALLKREDITE

Firmen zahlen Geld zurück

Das Covid-19-Kreditprogramm von Ueli Maurer und den Banken war ein Renner. Insgesamt erhielten 135 000 Firmen Kredite in der Gesamthöhe von 17 Milliarden Franken zugesprochen. Nun zeigen Zahlen der UBS – dem grössten Covid-19-Kreditvermittler –, dass viele Firmen die Kredite annullieren oder zurückzahlen. Die Zahl der Covid-19-Überbrückungskredite ist bei der Grossbank seit Herbst von 23 900 auf 22 500 gesunken – also um 6 Prozent. Die Tendenz ist klar rückläufig.


Diese Kreditannullierungen zeigen, dass viele Unternehmen mit überschüssiger Liquidität gesegnet sind und es sich leisten können, die staatlich verbürgten Covid-19-Kredite zu kippen. Diese waren als Liquiditätsnotfallhilfe gedacht und dür-

fen nicht für Dividenden oder Investitionen verwendet werden.

Obwohl es für Firmen relativ einfach war, diese Null-Zins-Kredite zugesprochen zu erhalten, blieb der Missbrauch tief. Alain Conte, Chef des Firmenkundengeschäfts der UBS, spricht von einem «sehr kleinen Anteil» von Betrugsversuchen. Die Deliktsumme über alle Banken beträgt aktuell 126 Millionen Franken – bei einem Kreditvolumen von 17 Milliarden.

Die kreditgebenden Banken haben angekündigt, Gewinne aus diesem nationalen Rettungsprogramm zu spenden, so auch die UBS. Noch ist es nicht so weit. UBS-Manager Conte: «2020 haben wir damit keinen Gewinn gemacht, den wir spenden könnten.» (bar) **Seite 4**

ANZEIGE




Digital Commerce Award

Award-Verleihung für die besten Schweizer Onlineshops

Presenting Partner **DIE POST**

Jetzt Ticket kaufen:
digital-commerce-award.ch/tickets





Märkte & Meinungen



Der Wahrhaftige

Name: Ignazio Cassis
Funktion: Aussenminister
Alter: 59
Familie: verheiratet
Ausbildung: Humanmedizin an der Uni Zürich, Master in Public Health an der Uni Genf, Facharzt FMH für Innere Medizin sowie in Gesundheitsprävention
Karriere:
 1988 bis 1996: Assistenzarzt
 1996 bis 2008: Kantonsarzt TI
 2001 bis 2017: Dozent an vier Universitäten
 2008 bis 2012: Vizepräsident der Ärztereinigung FMH
 2007 bis 2017: FDP-Nationalrat
 2015 bis 2018: FDP-Fraktionschef
 seit 1.11.2017: Bundesrat und Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

DAS GESPRÄCH **IGNAZIO CASSIS**

«Kein Schwexit»

Der Aussenminister über das angespannte Verhältnis zu China und seine Müdigkeit, mit der EU über ein Rahmenabkommen zu verhandeln.

INTERVIEW: SVEN MILLISCHER
 UND ANDREAS VALDA
 FOTOS: RAFFAEL WALDNER

Herr Bundesrat, ist China eine Diktatur?

Ignazio Cassis: Ich würde China nicht als Diktatur bezeichnen, weder rechtlich noch politisch. Es ist de facto ein Einparteiensstaat, der mit autoritärem Zug geführt wird.

Verübt China Völkermord an Uiguren?

Was heute an Fakten auf dem Tisch liegt, zeigt, dass China Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren begeht. Völkermord dagegen ist ein Rechtsbegriff, den internationale Gerichte zu entscheiden haben.

Länder wie Grossbritannien boykottieren Warenimporte aus der Uiguren-Provinz Xinjiang. Was tut die Schweiz?
 Im Rahmen unseres Freihandelsabkommens mit China können wir keinen selektiven

Eingriff vornehmen. Der Bundesrat erachtet es als die effektivste Massnahme, einen Dialog mit den Importeuren in den betroffenen Sektoren zu führen, um sie über mögliche Risiken aufzuklären. Ich habe von Schweizer Firmen gehört, die nicht mehr mit Xinjiang handeln.

China hat den Menschenrechtsdialog mit der Schweiz 2019 sistiert.

Mein Ziel ist es, dass wir den Dialog in diesem Jahr wieder aufnehmen können. Ich habe das Anliegen meinem Amtskollegen Wang Yi telefonisch mitgeteilt.

Werden Sie Wang Yi dieses Jahr treffen?

Wir haben mit China seit fünf Jahren einen jährlichen politisch-strategischen Dialog. Einen solchen Dialog haben wir nur mit China. Wegen der Pandemie fiel das persönliche Treffen 2020 leider aus. Aber dieses Jahr werde ich wieder nach China reisen, sollte es die Situation zulassen.

Schweizer Firmen sind mit dem Freihandelsabkommen unzufrieden. Manche warten ewig auf Exportbewilligungen.

Wir kennen das Problem. Wir fordern von China eine speditive Behandlung unserer Gesuche. Trotzdem darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: Die Schweiz wurde von China bisher überdurchschnittlich gut behandelt.

Dennoch moniert zum Beispiel die Nahrungsmittelindustrie die bürokratischen Mühlen mit China.

Daran arbeiten wir: Gefragt sind Geschwindigkeit, der Abbau von Handelshemmnissen und freier Marktzugang. Die drei Punkte werden wir adressieren.

In seiner China-Strategie will der Bundesrat einen departementsübergreifenden Koordinationsausschuss schaffen. Hat man den Überblick verloren?

Man hat tatsächlich nicht ganz den Überblick in der Bundesverwaltung – die Be-

ziehungen sind vielfältig. Und man hat den Überblick noch weniger über die ganze Schweiz. Deshalb haben wir nun ein Forum geschaffen, um die vielen bestehenden Kontakte mit China zu koordinieren und einen kohärenten Orientierungsrahmen zu bilden. Der Bund mit seinen Departementen muss homogen handeln. Es darf keine unterschiedlichen Erwartungen und Gewichtungen mehr geben.

Was sind die Gründe für den Wildwuchs?

Im Gegensatz zu China sind wir ein stark dezentral organisiertes Land. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass viele Schweizer Städte eigenständig eng mit China zusammenarbeiten. Man könnte fast von einer Städte-Diplomatie sprechen mit der Volksrepublik.

Ist die verstärkte Koordination des Bundes nicht eine Reaktion darauf, dass China in der Schweiz strategisch vorgeht?

Ja, das ist so. Der Staat ist dort eine einzige Organisation und deshalb straff organisiert. Die Beziehungen sind in den letzten zwanzig Jahren derart reich geworden, dass es wichtig geworden ist, einen Überblick zu schaffen.

Etwas in der Bildung und Forschung?

Swissuniversities ist daran, Richtlinien zu schaffen, wo man als Bildungsinstitution achtsam sein muss, wenn man mit China zu tun hat. Die Zusammenarbeit ist in diesem Bereich von grossem Interesse für beide Seiten. Aber auch hier gibt es Werteunterschiede.

Chinesische Banken dürfen sich in der Schweiz frei niederlassen. Das Gegenrecht in der Volksrepublik fehlt.

Die Öffnung des chinesischen Finanzsektors schreitet voran. Aber nicht so rasch, wie wir es gerne hätten. Immerhin ist es

Fortsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 13

«Kein Schwexit»

jetzt für Schweizer Banken möglich, eine Mehrheitsbeteiligung in China zu halten.

China wird das fehlende Gegenrecht, das ein Wettbewerbsvorteil für Chinas Firmen gegenüber Schweizer Firmen ist, nicht so schnell aus der Hand geben, oder?
Theoretisch schon. Aber faktisch investiert die Schweizer Wirtschaft deutlich mehr in China als chinesische Firmen hierzulande.

Müsste die Schweiz nicht auch eine harte Haltung haben und zum Beispiel auf Joint Ventures für chinesische Firmen in der Schweiz pochen?

Mit einem solchen Vorgehen würden wir uns selbst schaden. Bei einer Modernisierung des Freihandelsabkommens ist die Verbesserung des Marktzuganges anzusprechen. China ist grundsätzlich offen, die Diskussion darüber aufzunehmen.

China muss gar nicht in der Schweiz investieren. Es kann einfach das Know-how hierzulande abschöpfen.

Die Interessen sind da, eindeutig. Deshalb setzt China ja stark auf Partnerschaften mit Fachhochschulen und Universitäten hierzulande. Wir müssen deshalb ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass die engen Beziehungen auf einem gegenseitigen Geben und Nehmen basieren.

China-Töchter von Schweizer Firmen werden unterwandert mit Mitgliedern der Kommunistischen Partei (KP).

Die KP ist die führende Kraft in China. Dort laufen alle Fäden zusammen. Deshalb muss einen das nicht erstaunen. Wir müssen bei jedem Entscheid bewerten, ob wir mit diesem Setup einverstanden sind oder ob die Risiken zu hoch sind. Niemand ist gezwungen, mit China Geschäfte zu machen.

«Ich wünsche mir, dass diese Debatte bei Firmenchefs das Bewusstsein für Risiken schafft.»

Aber war der Westen mit seinem «Wandel durch Handel»-Credo nicht naiv? China hat sich mitnichten demokratisiert in den letzten zwanzig Jahren.

Wir können aus der heutigen Perspektive nicht abschätzen, ob der Westen sich naiv verhalten hat. Dafür sind wir noch mitten in einer gewaltigen Transformation. Die Volksrepublik hat beispielsweise Fortschritte in der Armutsbekämpfung gemacht. Aber es ist auch klar, dass der Wandel hin zu einer demokratischen Gesellschaft nicht erreicht ist.

Im Rahmen von «China 2025» kauft das Land strategische Infrastruktur im Ausland. Beispielsweise Syngenta aus Basel.

Eine grosse Zahl an kritischen Infrastrukturen in der Schweiz liegt in den Händen der Kantone. Und die öffentliche Hand verkauft ihre Infrastruktur grundsätzlich nicht. Gleichzeitig würde ich meinen, dass heute das Bewusstsein für grosse Verkäufe wie jener von Syngenta geschärft ist.

Der Bundesrat muss ein Gesetz zum Investitionsschutz bis im Herbst vorlegen. Droht der Schweiz eine Industriepolitik?

Wir müssen eine Balance, den richtigen Mix finden zwischen dem Schutz kritischer



Ignazio Cassis zum Rahmenabkommen mit der EU: «Nur wer das Scheitern in Kauf nimmt, kann gut verhandeln.»

schwer Infrastrukturen und unserer Maxime einer offenen und liberalen Schweiz, auf der sich unser Wohlstand gründet.

Huawei beispielsweise betreibt das Mobilfunknetz von UPC Sunrise. Wie sehen Sie die Anwendung chinesischer Technologie in kritischen Schweizer Infrastrukturen?

Diese Einzelfrage hat der Bundesrat noch nicht beantwortet. Die Netzbetreiber sind für die Sicherheit ihrer Netze verantwortlich, unabhängig von der Herkunft ihrer Technologie. Zuletzt befasste ich mich persönlich damit, als 2019 der frühere US-Aussenminister Mike Pompeo zu Besuch kam. Er verwendete fast einen Drittel der Zeit darauf, uns vor einer allfälligen Unterwanderung unserer Infrastruktur durch chinesische Technologie zu warnen. Er war sehr direkt, und er machte dies nicht nur in hier, sondern in ganz Europa.

Und was antworteten Sie ihm?

Ich antwortete diplomatisch. Die Haltung des Bundesrates ist: Hüten wir uns vor einem Pauschalurteil. Wir müssen jeden Fall einzeln und differenziert beurteilen. Gleichzeitig gibt es ein Monitoring zum Einsatz aller Soft- und Hardware, welche in den Schweizer Mobilfunknetzwerken eingesetzt wird, egal welcher Herkunft. Dies gilt auch für Huawei. Die Sicherheit und der Schutz der digitalen Netze sind für die Schweiz und ihre internationale Stellung von grösster Bedeutung.

Schweizer Firmen dürfen also über den Einsatz von China-IT entscheiden?

Huawei ist hierzulande nicht verboten. Es gibt Schweizer Unternehmen, die chinesische Spitzentechnologie anwenden. Ich wünsche mir, dass die derzeitige Debatte bei den Firmenchefs ankommt und den Sinn für Risiken einer Beschaffung solcher Technologie ins Bewusstsein rückt. Wie gesagt, der Bund verlangt, dass Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden.

Ein letzter Knackpunkt: die Schweizer Finanzierung des chinesischen Belt-and-Road-Projekts. Die Banken sagen, es laufe nichts Bedeutendes. Dabei hatte der Bundesrat vor zwei Jahren mit viel Tamtam eine Absichtserklärung mit China darüber abgeschlossen. Was läuft?

China schätzte diese Verständigungsvereinbarung. Schweizer Banken erhielten

Aussenministerium

EDA Das Departement für Auswärtige Angelegenheiten besteht grob aus drei Teilen: dem Staatssekretariat in Bern, das die Aussenpolitik prägt, den Botschaften, Missionen und Konsulaten im Ausland sowie dem Deza für die Entwicklungszusammenarbeit. Ignazio Cassis führt 5500 Angestellte und 170 Aussenstellen.

No comment Cassis kommentiert die Kritik des chinesischen Botschafters vom letzten Montag nicht. Dieser bezeichnete Teile der bundesrätlichen China-Strategie als «Fake-News».

China-Strategie Cassis begann 2020 daran zu arbeiten. Der Anstoss dazu war ein Auftrag des Parlaments, Investitionskontrollen in der Schweiz einzuführen, auch als Antwort auf Chinas Investitionskontrollen.

im Gegenzug privilegierte Kontakte nach China. Was man wissen muss: China ist ein feiner Beobachter der Schweiz. Die Regierung gewährt unseren Firmen doziert Vorteile, wenn sie sehen, dass wir ihnen entgegenkommen. Der Bundesrat hat aber immer auch deutlich gesagt, dass internationale Standards in Bezug auf Umwelt, Arbeitsbedingungen und Menschenrechte eingehalten werden müssen.

Das heisst, Peking liest dieses Interview? (lacht) Davon ist auszugehen. Mein Punkt ist: Wir sollten aufhören, die Bedeutung des Verhältnisses mit China kleinzureden. China ist sehr informiert. Es kennt unser Land und unsere politischen und wirtschaftlichen Gepflogenheiten viel besser und genauer, als wir China kennen. Letzteres müssen wir ändern: Wir müssen zu feinen Beobachtern Chinas werden. Die neue Strategie ist der Start dazu.

Wir müssen China besser verstehen? Genau. Das müssen wir.

China überwacht seine Bürger digital. Diese Tatsache dürfte Ihnen nicht gefallen: Sie lobbyieren mit Ihrer Initiative «Digitale Gouvernanz in der Aussenpolitik» für die Freiheit von Bürgern weltweit. Diese Initiative ist mir eine Herzensangelegenheit. Es geht um Freiheit und Sicherheit auch in der digitalen Welt. Bis heute ist eine grosse Frage unbeantwortet: Wie setzen wir das Völkerrecht im digitalen Raum um – und besteht Regulierungsbedarf? Der Bundesrat kämpft dafür, dass Genf zum Hub für die digitale Gouvernanz wird. Wir stehen hier noch am Anfang.

Vielleicht fehlt es noch am richtigen Namen. Wie wäre es mit «Initiative für Digitale Menschenrechte»? Die Agentur könnte «Digitaler Menschenrechtsrat» heissen. Möglicherweise. Aber es geht um mehr als Individualrechte. Es geht auch um Regeln zur Verhinderung und Beilegung von Cyberkriegen zwischen Staaten. Mit einer solchen Konvention sollten Staaten verpflichtet werden, Cyberattacken Privater

von ihrem Territorium aus ins Ausland zu bekämpfen. Wir sprechen gerne vom «digitalen Völkerrecht».

China, Russland und die USA zusammen mit Europa driften auseinander. Es gibt nicht mehr eine Werteordnung, sondern zwei oder mehrere Weltordnungen. Wie gross ist die Gefahr, dass die Blöcke ein digitales Völkerrecht blockieren?

Diese Gefahr ist real. Mit der neuen China-Strategie wollen wir darauf hinarbeiten, dass China unser Normensystem akzeptiert, bilateral und multilateral. China wäre heute gross genug und mächtig, um eine Art «Anti-UNO» zu gründen. Noch hat es den Weg, der auch der unsrige ist, eingeschlagen: sich an der UNO zu beteiligen und die Dinge dort in ihrem Sinn zu beeinflussen. Der Rückzug der USA unter Donald Trump hat China geholfen, die Lücken mit eigenen Funktionären zu füllen. China geht sehr strategisch vor.

Auch die EU hat manchmal andere Vorstellungen als wir. Stichwort Rahmenabkommen (Insta). Sie besteht auf dem bisherigen Entwurf. Wann kommen Sie mit dem Resultat?

Technische Verhandlungen laufen noch. Wir klären nun die Differenzen und suchen nach Wegen, um das Delta zu füllen. Danach werden beide Seiten eine politische Einschätzung machen. Wann das sein wird, ist noch nicht festgelegt, trotz den vielen medialen Spekulationen.

«China wäre heute gross genug und mächtig, um eine Art «Anti-UNO» zu gründen.»

Zwei Gruppen bekämpfen es, Autonomie-suisse und Kompass/Europa. Hilft das?

Innenpolitisch nein. Aber aussenpolitisch schaffen die Gegner des Insta sicher einen gewissen Druck und machen auf die Notwendigkeit eines für die Schweiz ausgewogenen Resultates aufmerksam.

Die Kritiker operieren zum Teil mit falschen Fakten. Haben Sie solche gehört? Ja, zum Teil zirkulieren Fantasievorstellungen. Ein Beispiel ist die Behauptung, dass nach der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens Kantonalbanken mit Staatsgarantien nicht mehr erlaubt wären. Das ist kein Thema.

Die Gretchenfrage ist, ob ein Nichtabkommen der Schweiz wirtschaftlich schaden wird. Verlieren wir Wohlstand, wenn die bilateralen Verträge auslaufen?

Kein Rahmenabkommen bedeutet nicht einen «Schweizer Brexit». Unsere bilateralen Verträge sind völkerrechtlich verankert und haben kein Verfallsdatum. Ob der Status quo mit der Zeit zu einem Rückgang der Wirtschaft und des Wohlstandes führt,

Rahmenabkommen: «Ein Scheitern wäre sicher schade, aber kein Drama.»

ist eine legitime Frage, die keine eindeutige Antwort hat. Deshalb will der Bundesrat geregelte und freundschaftliche Beziehungen mit der EU und ihren Mitgliedern.

Der Rückgang ist das eine, die Repression durch die EU das andere. Die EU sanktioniert uns mit der Nichtanerkennung der Schweizer Börse. Sie droht mit Nichtabschluss zum Forschungsabkommen. Und sie sabotiert die Anerkennung der Schweizer Regulierung für Medizinaltechnik.

Der Bundesrat interpretiert dies als Druckpolitik für das Rahmenabkommen. Eine Eskalation darf aber weder im Interesse der Schweiz noch der EU sein. Bei uns leben immerhin 1,5 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Zu uns pendeln täglich 340 000 Grenzgänger. Bei uns verdienen jährlich 120 000 entsandte EU-Arbeiter ihr Geld. Die Nachbarländer hätten auch keine Freude, wenn wir sie piesacken würden. Aber wir wollen jetzt vorwärts machen. Wir sind nicht nur Corona-müde, sondern auch Rahmenabkommen-müde.

Schön gesagt.

Wir müssen jetzt zu einem Abschluss kommen. Es braucht in Brüssel einen wichtigen Schritt, sonst kommen wir nicht weiter. Ein Nichtabschluss wäre aber wie gesagt kein Schwexit.

Sie sagen, ein Scheitern wäre «no drama». Ein Scheitern wäre sicher schade, aber kein Drama. Das habe ich schon immer gesagt: Nur wer das Scheitern in Kauf nimmt, kann gut verhandeln.

Letzte Frage: Mit den Covid-19-Massnahmen wurden Grenzen wieder hochgezogen. Die Bürger können sich nicht mehr frei bewegen. Eine Gefahr für Europa? Ich glaube nicht. Sobald alle geimpft sind, werden die Einschränkungen hoffentlich wieder fallen.

Sind Sie geimpft und falls ja, seit wann und mit welchem Impfstoff? Ja, mit Pfizer, seit Januar und zweimal.

Also hätten wir das Gespräch ohne Maske führen können? (lacht) Ich habe es jetzt gemacht.

Die ausführliche Version des Interviews:
www.handelszeitung.ch/cassis

Europa Forum Luzern

Das Europa Forum Luzern (EFL) beschäftigt sich 2021 mit dem Thema «Schweiz und Europa im Banne Chinas». Höhepunkt ist das EFL-Jahrestreffen am 24./25. November im KKL Luzern. Weitere Infos: europaforum.ch



Ignazio Cassis mit den «Handelszeitung»-Redaktoren Sven Millischer (links) und Andreas Valda (rechts).